

Die Einnahmen dieser Ausgabe werden der BI Mörfelden-Walldorf zur Verfügung gestellt.

Startbahn West geht uns alle an!



Hüttendorf Erdboden gleichgemacht

Schwere Vorwürfe gegen Polizeieinsatz auf Rhein-Main / Gries lobt Beamte

cas/habe/elf FRANKFURT A. M., 3. November. Das Hüttendorf der Startbahngegner südlich des Frankfurter Flughafens wurde am Dienstag unter Polizeiaufsicht abgerissen, und auch die dortige Kirche wurde in einzelnen Teilen abtransportiert. Zugleich wuchs die Kritik von

Bei der Bürgerinitiative in Mörfelden-Walldorf meldeten sich am Dienstag viele Zeugen, die von nächtlichen brutalen Ausfällen der Polizei sprachen. Unter anderem berichteten Augenzeugen, sie hätten ein ungewöhnlich hartes Vorgehen der Polizei gegen eine Sani-tätsstation der Bürgerinitiativen beobachtet. Dort seien Verletzte regelrecht von den Tragbahnen weggeprügelt worden.

SPD-Europaabgeordnete Heidi Wleczonrek-Zeul, Mitglied des südhessischen SPD-Bezirksvorstandes, forderte eine Sondersitzung dieses Gremiums. Nach ihren Worten müsse die südhessische SPD Konsequenzen daraus ziehen, daß zum ersten Mal in der Bundesrepublik unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung Polizeieinsätze gegen Bürger in einer Grausamkeit geführt würden, wie man sie sonst nur aus CDU/CSU-Ländern kenne.

Bürgern an der Landesregierung und am harten Vorgehen der Polizei, während Hessens Innenminister Ekkehard Gries Genugtuung über das Verhalten der Beamten äußerte. In mehreren Städten der Bundesrepublik kam es zu Demonstrationen gegen den Startbahnbau.

werden, daß sich — von „zu überprüfenden“ Ausnahmen abgesehen — die Polizisten „diszipliniert und rechtmäßig“ verhalten hätten.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Günter Schröder, kritisierte die „Geheimhaltung“ des Räumungseinsatzes und sprach von einem „Mißtrauen gegen die eigenen Kollegen“.

Ein letzter juristischer Versuch des Kreises Groß-Gerau, die Bauarbeiten an der Startbahn mit einem Eilantrag an der Hessischen Verwaltungsgerichtshof wurde am Diens-

Dienstag, 3. November: Die Zeitungen bringen Berichte über die Polizei-Besetzung des Widerstands-Dorfes im Wald bei Frankfurt. Im Fernsehen wird Bürgerkriegs-Atmosphäre gezeigt. Die Bürger vor der Kamera sind so fertig, so erschüttert, daß sie kaum was sagen können. Das Dorf, das zu verteidigen sie alle bereit waren, war ihnen im Handstreich genommen worden. Die von den Startbahngegnern in den letzten Tagen aufgeworfenen Erdbefestigungen dienen nun der Polizei dazu, die aktive Bevölkerung von »ihrem« Dorf fernzuhalten, während es dem Erdboden gleichgemacht wurde. Wut und Tränen.

Spätabends ein Anruf aus Darmstadt bei den Genossen, die gerade dabei sind, diese Sondernummer der »Arbeiterpolitik« fertigzustellen, zur Mobilisierung für den 14. November in Wiesbaden: »Das ist grausam hier, wir sind eben aus dem Wald

zurück... die Polizeibanden sind völlig entfesselt... im Moment ist allen unklar, was weiter passieren wird...« — »Sollen wir die Arpo-Sondernummer mit Eurem Artikel noch fertigmachen? Der ist doch jetzt eingeholt von den Tatsachen?« fragen die Zeitungsmacher zurück. »Ja schon, aber wir haben hier im Wald zu tun, wir können Euch jetzt nix Neues schreiben, aktuell kann man jetzt sowieso nicht sein, passiert doch jeden Tag was Neues... das fängt hier jetzt erst an, im Moment gehts gerade wieder nach Frankfurt in die Innenstadt. Macht die Sondernummer so fertig, wir brauchen sie, um die Leute am 14. nach Wiesbaden zur Demo zu bekommen. Vor allem muß die Information in alle anderen Städte, denn viele glauben noch, die Startbahn West sei eine Frankfurter Lokalangelegenheit. Dabei wird hier der größte Kriegsumschlagplatz der BRD vorbereitet... Macht die Zeitung fertig...!«

Der Widerstand verbreitert sich

Der Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens ist über 10 Jahre alt. Sämtliche parlamentarischen und gerichtlichen Instanzen sind in der Zwischenzeit voll ausgeschöpft worden. Ein letzter Höhepunkt war die Anhörung vor dem Hessischen Landtag Anfang des Jahres. Für die Landesregierung stand allerdings von vornherein fest, daß sie an ihrem Entschluß nichts ändern würde. Auch die betroffenen und engagierten Bürger glaubten nicht, auf diesem Weg den Bau der Startbahn 18 West zu verhindern. Eine Mörfelderin sagte in einem Fernsehinterview, sie hätte den ganzen Tag das Hearing im Fernsehen verfolgt, man müsse sich doch die Leute genau ansehen, die den Wald abholzen wollten. Und das klang wie eine Drohung.

Für die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten sind dies die wichtigsten Gründe gegen den Ausbau des Flughafens: die Umweltschäden und die Fluglärmelastigung und der Einbruch in »ihren« Wald. Sie kommentieren aufgebracht, wenn FAG-Bosse¹ ihre Häuser hier vermieten und an die ruhige Bergstraße ziehen. Sie erklären Vorbeigehenden, daß dieser See hier ausgetrocknet werden soll, für ein Projekt, das wirtschaftlich unsinnig ist, und daß sie das nicht länger hinnehmen wollen.

Eine ältere Frau stellte angesichts des Polizeiaufmarsches die Verbindung zu 1933 her und sagte, sie hätten alle schon einmal zu lange gewartet und nur zugesehen.

Gegen den Ausbau des Flughafens gibt es schon seit langem in den umliegenden Gemeinden ein breites Bündnis sämtlicher Parteien. Anlässlich einer Demonstration in Mörfelden/Walldorf brachten CDU, SPD, FDP und DKP ihre Gegnerschaft zur Startbahn auf einem Transparent gemeinsam zum Ausdruck. Bei den letzten Kommunalwahlen fand sich trotz des Drucks von oben kein Kandidat, der sich für die Startbahn aussprechen wollte. Inzwischen gibt es über dreißig örtliche BJs, die ihre Arbeit auf einem gemeinsamen Plenum absprechen.

Symbol des Widerstandes ist das Hüttendorf im Wald, das seit über einem Jahr steht und an dem viele Leute gezimmert haben. In der Kirche im Dorf haben schon viele Gottesdienste stattgefunden.

Mit den Bauvorbereitungen für die Startbahn ist jetzt begonnen worden, obwohl ein wasserrechtliches Gutachten noch aussteht und ein Volksbegehren/Volksentscheid eingeleitet wurde. (Artikel 116 der hessischen Verfassung: »Die Gesetzgebung wird ausgeübt a) durch das Volk im Wege des Volksentscheids, b) durch den Landtag.«)

Bericht zu den Ereignissen vom 5. bis 11. Oktober

Es hatte sich herumgesprochen, daß Polizei im Rhein-Main-Gebiet zusammengezogen wurde. Es hieß dann, von Montag auf Dienstag (5./6. Okt.) sollte mit dem Bau an der Okrifteler Straße begonnen werden. (Bevor mit dem Bau der neuen Startbahn angefangen werden kann, muß diese Straße umgeleitet und in einen Tunnel verlegt werden.)

Obwohl die Bürgerinitiative schon seit langem den gewaltfreien Widerstand proklamierte, schien allen klar zu sein, daß die Räumung des Geländes für den Bau an der Okrifteler Straße mit gewaltigem Polizeiaufgebot und auch mit Knüppelinsatz verbunden sein würde. Wir hatten hier immer so diskutiert, daß wir uns von solchen gewalttätigen Polizeieinsätzen fernhalten wollten, da man den Kampf »militärisch« nicht gewinnen kann. Unsere Entscheidung, daß Genossen Urlaub nehmen sollten, um die Nacht vor dem »Tag X« im Hüttendorf zu verbringen, war daher auch von einiger Angst begleitet. Wir waren heilfroh, als wir hörten, daß einige andere Kollegen auch Urlaub nehmen wollten.

Spät am Abend wurde dann offiziell der Alarm ausgelöst. Es gibt hier schon seit einiger Zeit eine Alarmliste, Telefonnummern, die im Fall der Räumung angerufen werden. Die Alarmkette reicht auch in die Niederlande und die Schweiz. Es haben verschiedene Treffen dieser Kontakte stattgefunden, auf denen das Verhalten für den Tag X besprochen wurde.

Das Auslösen des Alarms hat gut geklappt. Am späten Abend und die ganze Nacht über gab es viel Betrieb am SKG-Heim in Walldorf, der Anlaufstelle für den einstündigen

Fußweg durch den Wald zum Hüttendorf, und auf der noch nicht gesperrten Okrifteler Straße. Viele Leute zogen allerdings morgens wieder zur Arbeit ab, so daß, wie auch in den folgenden Tagen, am frühen Morgen die Besetzung im Dorf am dünnsten war. Am **Dienstag Morgen** waren allerdings ca. 6000 Menschen da, und es kamen, wie auch in den folgenden Tagen, immer neue Gruppen, so daß, zumindest nach Feierabend, immer einige Tausend draußen im Wald waren.

In der Nacht war von den Startbahngegnern eine über 400 m lange keilförmige Barrikade (Graben und befestigter Wall) auf dem FAG-Gelände errichtet worden. An der Spitze stand ein neuer Turm. Bundesgrenzschutz und Polizei aus mehreren Bundesländern (ca. 12.000) waren mit Panzerwagen und Wasserwerfern angerückt, hatten sich aber weit im Hintergrund gehalten. Im Laufe des späten Vormittags rückte die Polizei vor, hinter ihnen bereits die Baufahrzeuge. In Mörfelden-Walldorf läuteten zu diesem Zeitpunkt die Kirchenglocken Alarm.

Wir teilten uns entsprechend der Anweisungen, die vom Turm am Waldrand kamen, entlang der Barrikade auf. Frankfurt und Darmstadt als die größten anwesenden Gruppen, übernahmen die Flügel, die Mörfelder und Walldorfer mit Kommunalpolitikern (CDU, SPD, DKP) die Spitze in der Mitte. Um kurz vor 3 Uhr nachmittags standen sich dann Polizei und dichtgedrängt die Startbahngegner an der Barrikade direkt gegenüber. Außerhalb des verbarrikadierten Geländes trugen die Polizisten Demonstranten, die sich vor die Baufahrzeuge gesetzt hatten, vom Platz.

Es war der Polizei aufgrund der Barrikade nicht möglich, uns ohne Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken zurückdrängen. Wasserwerfer sollten wohl zu diesem Zeitpunkt wegen der von der BI ständig betonten Gewaltfreiheit der Demonstranten nicht eingesetzt werden. Die Polizei begann dann, entlang der Barrikade einen Natodrahtzaun zu ziehen. Dabei kam es zu Rangeleien und auch zum Einsatz von Gummiknüppeln gegenüber den Demonstranten, die auf der anderen Seite der Barrikade versuchten, mit Polizisten zu diskutieren. Obwohl allen klar war, daß die Polizei mit anderen Mitteln den Platz hätte räumen können, empfanden alle das Scheitern des ersten Räumungsversuchs als einen Erfolg. Am **Mittwoch** morgen drang die Polizei dann in das verbarrikadierte Gelände Richtung Wald vor. Gruppen wurden umstellt, und der Platz wurde nach und nach geräumt, was fast den ganzen Tag dauerte. Die Demonstranten wurden in Mannschaftswagen geschleppt und in einiger Entfernung vom Flughafen wieder freigelassen, ohne Feststellung der Personalien. Auf dem Turm konnten sich 8 Leute halten.

Die bestbewachte Baustelle der BRD wurde dann noch weiter durch einen 3 Meter hohen Betonzaun mit Natodraht abgesichert. Der **Donnerstag** verlief weitgehend ruhig. Die Turmbesetzer gaben am Abend nach über 24 Stunden freiwillig auf. Sie wurden nicht festgenommen. Am **Freitag** gab es Auseinandersetzungen am Betonzaun, den einige Demonstranten nicht »so schön« lassen wollten. Es flogen wohl auch Holzstücke, vielleicht auch Flaschen, auf die die Polizei mit Tränengas reagierte. Am **Samstag** — der fünfte Tag des Polizei-Großeinsatzes und Demonstration in Bonn — blieb es weitgehend ruhig. An der Großkundgebung am **Sonntag** auf dem SKG-Gelände nahmen ca. 10.000 Menschen teil. Anschließend setzte sich die Menge in Richtung Hüttendorf in

In der nächsten regulären »Arbeiterpolitik«:

- Nach der Friedens-Demo in Bonn — wie geht's weiter?
- Gewerkschaften und Aussperrung
- Erinnerungen von Willi Bleicher
- Betriebs-Korrespondenzen

Außerdem: Sonderdruck USA (demnächst!)

- Reagans Versuche, aus der Krise rauszukommen
- Der Fluglotsenstreik in den USA
- Textilarbeitergewerkschaft in den Südstaaten
- Krise der USA-Stahlindustrie

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb:
GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums
der Arbeiterbewegung e. V.
Postfach 1502 47 · 2800 Bremen 15

¹ FAG = Frankfurter Flughafen AG, Aktieninhaber: Stadt Frankfurt, Land Hessen und Bund

Bewegung, darunter auch viele Familien mit Kindern und ältere Leute. Sie nahmen Baumstämme und Äste zum Ausbau der Barrikaden mit. Niemand rechnete damit, daß es ausgeht an dem Tag zu massiven Vorgehen der Polizei kommen würde, obwohl von Seiten der BI erklärt worden war, daß sie die Mauer nicht so hinnehmen wollten.

Am Nachmittag gab es den bisher schärfsten Polizeiangriff gegen die Startbahngegner. Angeblich über den Zaun geworfene Steine und Stöcke waren der offizielle Anlaß. Für die Knüppelinsätze wurden fast ausschließlich Spezialeinheiten eingesetzt, meist vom Bundesgrenzschutz, die sich vorher durch Trommeln mit den Schlagstöcken auf die Plastikschilder in die richtige Stimmung brachten. So wurde dann auch unter lautem Jubel der Grenzschützer am Sonntag der letzte der beiden »Kommandotürme« gestürmt und demontiert. Inzwischen wird das Hüttendorf weiter befestigt. In der gesamten Region sitzen viele Leute auf gepackten Sachen und schrecken einseitigen noch bei jedem Telefonklingeln zusammen.

Steine, wieso schmeißen die jetzt nicht mit Steinen?! Die ganze öffentliche Wirkung unseres Einsatzes ist zum Teufel!



Zum Prinzip der Gewaltfreiheit

Über Widerstandsformen gab es, besonders nach dem Bau des Natodrahtzauns verstärkt Diskussionen. Es war den BIs und allen Dahinterstehenden bislang meistens gelungen, die wenigen Leute mit Knüppeln und Farbbeuteln vom Vorgehen gegen Polizisten abzuhalten. Den Zaun wollten die meisten aber nicht einfach so hinnehmen und als absolute Grenze akzeptieren. In den Ortsgruppen gab es dann organisierte Diskussionen — mit dem Ergebnis, daß es geduldet bzw. unterstützt wurde, wenn Äste u.a. auf den Zaun gelegt wurden. Zunehmend wurde unterschieden zwischen Konfrontation mit Polizisten, die klar abgelehnt wurde, und dem aktiven Vorgehen gegen Sachen (Demontage des Zauns und Werfen von Farbbeuteln gegen Wasserwerfer). Es gibt zwar zu diesem Punkt unterschiedliche Auffassungen, die BIs sind darüber aber nicht zu spalten.

In Presse und Rundfunk war bis zum Freitag die Gewaltfreiheit auf beiden Seiten gelobt worden. Und sie ist für die Startbahngegner auch politisch ein Erfolg. So wagten sich auch »normale« Familien zu einem Ausflug ins Hüttendorf. Am Sonntag kamen sie dann mit Tränengas in Berührung. (Den noch nach der Kundgebung später Ankommenden wurde über Megaphon durchgesagt, daß sie sich wegen des Polizeieinsatzes vor allem mit Kindern besser vom Zaun fernhalten sollten.) Die Empörung über das Vorgehen der Polizei ist riesengroß. Es ist fraglich, ob diese »normalen« Bürger noch mal in den Wald gehen, wenn die Räumung des

Bleibt die bange Frage einer Mutter von zwei kleinen Kinder: „Wie soll ich jetzt noch meinen Kindern erzählen, daß die Polizei uns schützt?“

Hüttendorfes ansteht. Und das war wohl auch der Sinn dieses Polizeieinsatzes: den Bürgern klarzumachen, daß sie da wegzubleiben haben.

Organisation des Widerstandes vor Ort

Die Barrikade war nicht nur eine symbolische Sperre für die Polizisten, sondern auch ein Mittel, die Demonstranten auf dem 7 ha großen FAG-Gelände zusammenzuhalten. Von den beiden Lautsprechertürmen und den auf der Barrikade verteilten Leuten mit Megaphonen wurde jede Bewegung der Polizei kommentiert. Die Demonstranten wurden zu Gewaltfreiheit aufgerufen und der Einsatz der Demonstranten an besonders gefährdeten Stellen organisiert. Durch die gute Vorbereitung und Organisation des Widerstandes war Vertrauen in die zumeist einem ja unbekanntem Leute mit den Megaphonen entstanden. So wurde Panik vermieden und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt.

Im Hüttendorf gibt es einige Anlaufstellen, wo sich Neuankömmlinge informieren können (je nach Besetzung mit unterschiedlichem Erfolg). Bei Pannen wird versucht, es besser zu machen, zum Kritisieren oder Lamentieren ist gar keine Zeit.

Die Unterstützung aus der Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden ist groß. Ständig fahren Leute mit Handwagen durch den Wald und bringen Verpflegung und andere wichtige Sachen. In Walldorf und Mörfelden wird für die Widerstandsdorfbewohner gekocht, heißer Tee und Suppe werden herausgebracht. Wichtig ist auch die Diskussion mit den Polizisten, die — wo sie möglich ist — geführt wird. Es wurden über den Natodrahtzaun hinweg Flugblätter an die Polizei verteilt. Viele, vor allem jüngere Polizisten in der ersten Reihe am Zaun fühlten sich sichtlich unwohl in ihrer Rolle. Es ging das Gerücht um, daß 5 Beamte ihren Dienst quittiert hätten und 70 sich geweigert hätten, weiter an der Startbahn Dienst zu tun. Dies schien nach den Beobachtungen gut möglich zu sein. Tatsächlich haben Beamte aus der Gegend darum gebeten, sie an anderer Stelle einzusetzen, da sie an der Startbahn auf Bekannte und Verwandte treffen könnten.

Arbeitsplätze und Gewerkschaften

Der Flughafenausbau, so verkündet die FAG, soll über 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen und auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bis hinauf nach Nordhessen haben. Klar, daß die am Flughafen vertretene ÖTV zu den Startbahnbefürwortern gehört. Der Landesbezirksvorsitzende der ÖTV ist auch gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der FAG. Der DGB-Landesbezirk Hessen hat sich die Auffassung des ÖTV-Vorsitzenden zu eigen gemacht. Um den Bedenken der Startbahngegner in den Gewerkschaften Rechnung zu tragen, wurde die Zustimmung zum Startbahnbau an einige Bedingungen (z.B. unabhängiges ökologisches Gutachten) geknüpft. Obwohl diese Bedingungen nicht oder nur scheinbar von der Landesregierung erfüllt wurden, hält der DGB-Landesbezirk seine Zustimmung aufrecht.

Viele Einzelgewerkschaften und Betriebe sowie der DGB-Kreis Starkenburg haben Beschlüsse gegen den Bau der Startbahn verabschiedet, so z.B.: Vertrauensleute und Betriebsrat der Opel AG Rüsselsheim, Vertrauensleute Merck, Darmstadt, Vertrauensleute und Ortsverwaltung der Postgewerkschaft in Frankfurt und Darmstadt, Delegiertenversammlung der ÖTV der Verwaltungsstelle Darmstadt-Starkenburg, der Gesamtbetriebsrat der Lufthansa und der Landesvorstand der Polizeigewerkschaft.

Ein Beispiel für das Ausmaß der Zweifel vieler Kollegen an dem Argument mit den Arbeitsplätzen ist der Verlauf der Vertreterversammlung auf IGM Frankfurt am 15. 10. 1981. Diese Kollegen haben gerade erlebt, wie zwei traditionsreiche Frankfurter Metallbetriebe, VDM und Adler von Schließung bzw. Arbeitsplatzabbau stehen, ohne daß die Gewerkschaft dagegen Wesentliches unternommen hat. In Anwesenheit des Bezirkssekretärs der IGM Karl Kronawitter (MdL, SPD), einem engagierten Verfechter des Startbahnausbaus, haben die Delegierten entgegen der Empfehlung der Antragskommission einen Antrag gegen die Startbahn West mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Beschlüsse gegen Positionen des Vorstandes sind nach Aussagen erfahrener Kollegen bisher noch nicht vorgekommen.

Im September '81 fand in Mörfelden eine Konferenz gewerkschaftlich organisierter Startbahngegner statt. Eingeladen

hatten 16 DGB-Ortskartelle aus dem Flughafenumland. Der eingeladene DGB-Landesbezirksvorsitzende erklärte diese Konferenz von vornherein für illegal und erschien nicht. Auch die geladenen Bezirksvorstände der Einzelgewerkschaften waren nicht erschienen. Anwesend waren mehr als 100 Gewerkschafter, meist Betriebsräte, Vertrauensleute und örtliche Gewerkschaftsvorstände aus der Region um den Flughafen. Ein wesentliches Ergebnis dieser Konferenz ist die Feststellung, daß die Bedingungen, die der DGB-Landesbezirk an seine Zustimmung geknüpft hat, nicht erfüllt wurden und daß er aufgefordert wird, zu seinem Wort zu stehen und sein »bedingtes Ja« in ein »unbedingtes Nein« umzuwandeln.

Mit dem Arbeitsplatzargument konnten bislang Diskussionen über Erhaltung der Umwelt vom Tisch gefegt werden. Im Falle des Flughafenausbaus aber wird immer mehr Leuten deutlich, daß nicht durch den (hoffentlich) nicht stattfindenden Ausbau Arbeitsplätze wegfallen, sondern daß durch die anstehende Rationalisierung Arbeitsplätze vernichtet werden. Die FAG hat seit 6 Jahren ihre Rationalisierungen auf leiser Flamme gefahren. Es stehen noch aus: die automatische Abfertigung der Passagiere, Automation der Zollabfertigung und der Gepäckbeförderung. Die Automatisierung der Landungen (MLS-Landeleitsystem) soll zur Folge haben, daß die Cockpitbesatzung von 3 auf 2 reduziert werden kann. Außerdem sind die Kosten für den Ausbau des Flughafens derart hoch, daß schon dadurch Druck auf das Rationalisierungstempo entsteht, weil dann beim Kostenfaktor Personal gespart werden muß.

Hinzu kommt ein seit Monaten negativer Trend bei der Entwicklung des Luftverkehrs. Die Flugbewegungen gingen selbst im Urlaubsmonat Juli 81 zurück, ebenso die Passagierzahlen. Das Ansteigen der Luftfracht in den letzten Jahren war nicht zuletzt auf das Einfliegen von Fertigteilen aus sogenannten Billiglohnländern zurückzuführen. So transportiert z.B. Opel Teile zwischen Spanien und Rüsselsheim. Durch diese für die Unternehmer günstigen Transportbedingungen fallen in der BRD Arbeitsplätze weg. Viele Fluggesellschaften haben Schwierigkeiten und müssen Personal entlassen. So will z.B. die Lufthansa 2% Personal einsparen und 1983 18 Flugzeuge weniger als geplant einsetzen. Die Ausbildung von Piloten und Flugingenieuren ist gestoppt worden.

Mit der Dritten Startbahn in den Dritten Weltkrieg?

Die Flughafenerweiterung soll also durchgeführt werden trotz der ökonomischen Fragwürdigkeit und der unübersehbaren ökologischen Folgen. Bei dem massenhaften Widerstand der Bevölkerung ist dies nur möglich durch bürgerkriegsähnliche Einsätze der Staatsgewalt. Dafür hat zumindest die hessische Landesregierung einen hohen politischen Preis zu zahlen. All dies legt die Vermutung nahe, daß es noch andere Gründe für den Flughafenausbau gibt. Es wird jetzt nach noch mehr Beweismaterial dafür gesucht, daß die Startbahn 18 West nur der Anfang des Ausbauprojekts ist, bei dem die US-Air-Force das entscheidende Wort mitzureden gedenkt. Dazu Auszüge aus einem Flugblatt von der BI, das auch auf der Bonner Friedensdemonstration auf großes Interesse stieß:

Mit der 3. Startbahn in den 3. Weltkrieg

Diese Frage mag manchem als unverständlich oder zumindest allzu provokativ erscheinen. Doch verdichten sich stetig die Informationen, denen zu Folge die Bürger des Rhein-Main Gebietes seitens der Landesregierung einem gigantischen Betrugsmanöver ausgesetzt werden. Allein die unbestreitbare Tatsache, daß sich die zivile Luftfahrt als äußerst flügelahm erweist, läßt eigentlich nur noch die logische Schlußfolgerung zu, daß sich hinter dem Plan der 3. Startbahn noch andere, brisantere Absichten verbergen. Bereits heute befindet sich nach Auskunft der Flughafen AG mit der "US-Air-Base", "der größte Militärflughafen der Amerikaner außerhalb der USA" in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rhein-Main-Flughafen. Die US-Air-Base ist direkt dem "Military Airlift Command" (MAC) unterstellt, einem selbständigen Teil der US-Luftwaffe, der Personal und Material zum strategischen oder taktischen Einsatz auf dem Luftwege befördert. Das MAC in seiner heutigen Form entstand 1965 im Zuge des Vietnamkrieges.

Im Juni dieses Jahres wurde Passagen eines internen Bonner Manager-Rundbriefes ("Fuchsbriefe") folgenden Wortlautes

bekannt: "Daß die US-Air-Force auf diese Kapazitätenausweitung besteht und drängt... Frankfurt sei für die Air-Force - so sagen die Amerikaner - als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerlässlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Öregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden". Die Landesregierung sah sich damals zu einem "Dementi" genötigt, das allerdings keines war, sondern eher die zentralen Aussagen in den "Fuchsbriefen" bestätigte. Die "Frankfurter Rundschau" schrieb dann auch ganz richtig, daß die US-Air-Force "ungeachtet der Dementis... von dem geplanten Bau der Startbahn 18 West profitieren (dürfte). Der Stützpunkt ist in beiden Richtungen wichtigster Knotenpunkt bei der Zusammenführung von in Europa und Nahost stationierten Soldaten mit ihren Familien und einer der Hauptumschlagplätze des militärischen nachschubs der US-Streitkräfte" ("FR" 2.7.81).

Im Mai 1978 beschloss die NATO ihr sogenanntes Langzeitprogramm (LTDP), das u.a. den Ausbau der Luftverkehrsleitorgane in den europäischen NATO-Mitgliedsländern nach militärischen Gesichtspunkten sowie den Ausbau der Flughafenkapazitäten vorsieht. Ende Oktober letzten Jahres eröffnete der damalige US-Botschafter Stoessel "Verteidigungs"-Minister Apel den Plan, die US-Anlagen in der BRD "so auszubauen und zu erweitern, daß sie von den amerikanischen Streitkräften aus als Zwischenstation und als Basis für die Velegung größerer Verbände in andere Regionen, vor allem dem mittleren Osten, geeignet sind" ("FAZ" 1.11.80).

Auf der im Frühjahr dieses Jahres in Brüssel abgehaltenen NATO-Tagung traf Apel schließlich gegenüber seinem Kollegen Weinberger die Zusage, daß die US-Eingreiftruppe im "Krisenfall" westdeutsche Flughäfen als Sprungbrett in den Nahen Osten benutzen könnte. Auf dieser Tagung wurde des weiteren ein umfassendes "NATO-Infrastrukturprogramm" verabschiedet, das den Bau "neuer Depots, Pipelines, Häfen und Flugplatzanlagen" beinhaltet. (Spiegel, 21/81). Sowohl von ihrer geographischen Lage her (Frankfurt als "Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten"), als auch von der bereits heute hier existierenden ausgeprägten militärischen Infrastruktur her betrachtet, eignet sich die Rhein-Main-Region hervorragend als Sprungbrett für kriegerische Abenteuer im Nahen und Mittleren Oste. Vor einigen Monaten diente der Frankfurter Flughafen schon einmal als Zwischenstation bei einer ersten amerikanischen "Eingreif"-Übung in Ägypten.

Eine militärische Intervention amerikanischer Truppen im Nahen und Mittleren Osten (z.B. zwecks Eroberung der dortigen Ölfelder) würde unweigerlich eine weltweite Eskalation kriegerischer Gewalt nach sich ziehen.

Angesichts derartiger "Aussichten" nimmt sich der Hinweis, daß mit einem Start von US-Interventionstruppen in Richtung Golfregion mal so nebenbei das Grundgesetz außer Kraft gesetzt wird (das eine Beteiligung der BRD an Kriegen außerhalb des NATO-"Geltungsbereiches" verbietet) geradezu kleinkrämerisch aus. **Mit der 3. Startbahn in den 3. Weltkrieg? Nein Danke!** 2 Weltkriege waren uns bereits genau 2 zuviel! Und wir werden dafür Sorge tragen, daß nicht noch ein weiteres Mal ein Weltkrieg vom Zaune gebrochen wird!

Der Kampf gegen diese Startbahn ist ein Kampf gegen die Umweltzerstörung, gegen falsche Arbeitsplatzversprechen und Rationalisierung der Unternehmer und gegen den Ausbau der US-Militärmaschinerie. Wir fordern alle Genossen und Kollegen auf, den Kampf der Startbahngegner zu unterstützen.
(abgeschlossen: 28. Oktober '81)

- **Kommt alle zur Demonstration am 14. 11. nach Wiesbaden!** (Einer der Treffpunkte zur Demo ist das Bahnhofsgelände, ab 11.00 Uhr, Hauptkundgebung vor dem Hess. Landtag)
- **Versucht in euren gewerkschaftlichen Gremien Beschlüsse gegen den Startbahnbau herbeizuführen!**
- **Veranstaltet örtliche Solidaritätskundgebungen!**
- **Sammelt Geld für die Aufrechterhaltung des Widerstands!** (Konto 28690 Volksbank Walldorf)

Anschrift des BI-Büros: BI-Büro, An den Sportplätzen 2-7, 6082 Mörfelden-Walldorf, Tel. (06105) 7 46 02